KREIS WARENDORF
Der Landrat

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft und Gleichstellung am Mittwoch, dem 14.10.2026, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)

Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:08 Uhr

			Seite
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		**5**
2.	Bericht der Verwaltung		**6**
3.	Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf	**145/2026**	**7**
4.	Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2026	**129/2026**	**9**
5.	Der Werkcampus als zertifizierter Bildungsträger des Jobcenters Kreis Warendorf	**146/2026**	**10**
6.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zum Thema Sozialplattform für Sozialleistungen	**147/2026**	**12**
7.	Anfragen der Ausschussmitglieder		**13**

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Asselmann, Felix bis 10:50 Uhr
Bas, Ali
Beck, Jürgen
Budde, Heinrich
Fiedlers, Nils
Heringloh-Poll, Norbert
Hinnüber, Felix
Kirchhoff, Norbert
Krabbe, Silke
Meyer, Ludger
Mindermann, Ursula
Schulze Westhoff, Stephan
Siebert, Christoffer
Starke, Dennis
Strübbe, Robert
von Neumann, Franziska Johanna
Zimmermeyer-Schürmann, Heike
stellv. Ausschussmitglieder
Thiel, Joachim
von der Verwaltung
Arizzi Rusche, Anna, Dr.
Böttger, Pascal
Dammann, Lena
Depke, Svenja
Feldmann, Klaus
John, Kai
Nethe, Annabelle
Peilert, Matthias, Dr.

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Beiers, Anja
Wamba, Gilbert
stellv. Ausschussmitglieder
Öksüz, Ergül
von der Verwaltung
Diekhoff, Katrin

Herr Bas (B90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung um 09:00 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden und stellt den form- und fristgerechten Zugang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

1.	**Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**	

Es werden keine Fragen gestellt.

2.	**Bericht der Verwaltung**	

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, berichtet zunächst über das Projekt „Ich lebe und arbeite in…“. Anlass sei die Ausweitung auf den Standort Telgte, über den auch in der Presse berichtet worden ist. Bei der Arbeitsmarktkonferenz in Everswinkel sei er außerdem vom dortigen Bürgermeister, Herrn Seidel, gefragt worden, ob das Projekt auch in Everswinkel umgesetzt werden könne. Herr John erklärt, das Projekt werde vom Arbeitgeberservice umgesetzt, welcher zur Vorbereitung der Termine Leistungsbezieherinnen und -bezieher einladen und eine Vorauswahl treffen würde. Anschließend würden die Beteiligten mit den Bewerbungsunterlagen zu potenziellen Arbeitgebern im jeweiligen Ort fahren und sich dort persönlich vorstellen. Dieses Vorgehen sei sehr erfolgreich, wie die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Annabelle Nethe, ergänzt. Die kurzen Wege ermöglichten eine schnelle, unkomplizierte Kontaktaufnahme und die Vorteile einer persönlichen Vorstellung seien nicht zu unterschätzen.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) möchte wissen, ob es Zahlen gebe, welche den Erfolg des Projektes unterstreichen würden. Frau Nethe erklärt, das Projekt sei gerade erst abgeschlossen worden und man müsse für belastbare Zahlen noch ein wenig warten. Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, macht auf die in der Presse bereits genannten Zahlen aufmerksam. Danach hätten von 29 Teilnehmenden bislang 18 eine Arbeit aufgenommen. Dies bewerte sie als sehr erfolgreich. Hinzu kämen möglicherweise weitere Arbeitsaufnahmen im Nachgang. Man werde in einer der kommenden AWiG-Sitzungen nochmals zahlengestützt berichten.

Anschließend berichtet Herr John zum aktuellen Stand der Sozialstaatskommission. Hier sei weiterhin ein großer Umbruch geplant, ein neues Konzept werde für Anfang November erwartet. Trotz geplanter Zusammenlegungen zeichne sich ab, dass es weiterhin zwei Behördenstränge mit einer Trennung zwischen erwerbsgeminderten Personen (aktuell Sozialamt) und erwerbsfähigen Personen (aktuell Jobcenter) geben soll. Die weiteren Pläne in Gestalt der Digitalisierungsstrategie werde Herr John unter TOP 6 aufgreifen.

Herr Schulze Westhoff (CDU) fragt, ob der Grundsatz bei den geplanten Umstrukturierungen wieder zum Fördern und Fordern zurückgehen solle. Herr John bejaht eine entsprechende Tendenz, auch wenn es noch keinen konkreten Referentenentwurf gebe. Er verweist auf die aktuellen Vorgaben und Erlasse zur Vermittlungsoffensive durch das MAGS sowie auf die Zielvereinbarungen der vergangenen Jahre. Eine gesonderte Vermittlungsoffensive in Erlassform werde künftig nicht mehr notwendig sein, weil diese in die Zielvereinbarung integriert werde. Er gehe davon aus, dass dies auch auf Bundesebene den Trend abbilde. Die beim Bürgergeld gewählte Herangehensweise werde offenbar zurückgefahren und wieder ein „Geben und Nehmen“-Ansatz gewählt. Auf die von Herrn Starke (SPD) geäußerte Kritik an Herrn Schulze Westhoffs unterstellter Intention, stellt Herr Schulze Westhoff klar, dass es nicht darum gehe, Leistungsbezieherinnen und -beziehern Faulheit zu unterstellen. Ihm ginge es ausdrücklich darum, wieder ein System der Gegenseitigkeit zu etablieren. Dänemark sei hier ein Vorbild. Der Erbringung von Leistungen müssten auch immer Bemühungen zur Verminderung des Leistungsbezugs entgegenstehen.

3.	**Bericht des Jobcenters zum Arbeitsmarkt im Kreis Warendorf**	**145/2026**

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt anhand der als **Anlage 1** beigefügten PowerPoint-Präsentation die aktuelle Lage im Kreis Warendorf dar. Es zeige sich im Jahresverlauf trotz vereinzelter Firmenschließungen und einer konjunkturell schwierigen Lage insgesamt eine positive Entwicklung. Bezüglich der Integrationen sei allerdings ein Rückgang im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen, welcher sich durch den sogenannten „Creaming-Effekt“ erklären ließe. Die besonders gut vermittelbaren Fälle seien nun versorgt und man treffe auf einen „Kern“ aus schwierigeren Fällen. Diese Entwicklung sei erwartbar gewesen und auch in der Vergangenheit schon angekündigt worden. Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Annabelle Nethe, fährt mit dem Themenfeld Ausbildungsvermittlung fort und geht insbesondere auf die Diskrepanz zwischen offenen Stellen und unversorgten Jugendlichen ein. Hier würden verschiedene Erwartungen und Vorstellungen aufeinandertreffen. So suchten die meisten Bewerberinnen und Bewerber Ausbildungen im IT- oder Bürobereich, die offenen Stellen seien aber weitestgehend im Einzelhandel oder Handwerk angesiedelt.

Herr Hinnüber (CDU) möchte wissen, ob die in den Medien angesprochene Verschiebung hin zu Handwerksberufen tatsächlich zu erkennen sei. Laut Frau Nethe handele es sich hierbei aktuell um eine „gefühlte Wahrheit“, welche aus der Tatsache geboren werde, dass Tätigkeiten im Handwerk besser vor der Übernahme durch KI geschützt seien. Die Zahlen würden diese Entwicklung aber noch nicht belegen. Frau Mindermann (B90/Die Grünen) gibt zum Thema an, dass sie einen Anstieg in den abgeschlossenen Verträgen durchaus beobachtet habe. Sie fragt außerdem nach dem Umgang mit Abbrecherinnen und Abbrechern. Frau Nethe gibt an, dass zunächst versucht werde, den Abbruch durch Coaching oder Nachhilfe zu verhindern. Sei es allerdings zu einem Abbruch gekommen, beginne die Betreuung unmittelbar von Neuem und man versuche, schnellstmöglich Alternativen zu suchen. Im Nachgang zur Sitzung wurde sowohl bei der Handwerkskammer als auch bei der IHK nach Statistiken gefragt. Beiderseitig konnten zwar keine konkreten Zahlen benannt werden, es würde aber bemerkt, dass die Quote in der letzten Zeit spürbar steige. Auf Nachfrage von Frau Mindermann ergänzt Frau Nethe, dass man auch auf spezielle Unterstützungsstellen verweise, eine verbindliche Zuweisung sei allerdings rechtlich nicht möglich.

Herr Thiel (B90/Die Grünen) bittet um eine Definition des Begriffs „unversorgt“, wie er auf Folie 8 genutzt wird. Frau Nethe und Herr John verweisen hier auf die standardmäßige Nutzung durch die Bundesagentur für Arbeit: „Unversorgt“ sei jede Person, die keine Anschlussperspektive nach der regulären Schulzeit habe. Auf die Frage von Herrn Bas (B90/Die Grünen) hin, erklärt Frau Nethe, dass etwa 80 % der Jugendlichen weiter zur Schule gehen würden. Dabei umfasse die Zahl sowohl Berufskollegs als auch andere Schulformen wie etwa Gesamtschulen oder Gymnasien. Für den Fall, dass die Jugendlichen hingegen eine Arbeit aufnehmen würden, werde versucht, diese von einer Ausbildung zu überzeugen, so Frau Nethe auf die Frage von Herrn Starke (SPD). Man verstehe zwar den Wunsch, mit der Schule fertig zu sein, Personen ohne Ausbildung würden statistisch aber auch schneller wieder arbeitslos.

Herr John fährt daraufhin mit dem Bericht zu AGH-Maßnahmen fort und erklärt die rechtlichen Unterschiede zwischen den entsprechenden Regelungen im AsylbLG und im SGB II. Die Einsatzmöglichkeiten nach dem SGB II seien hierbei sehr eingeschränkt. Als - von Frau Zimmermeyer-Schürmann (CDU) gewünschte - Beispiele nennen Herr John und Frau Nethe Einsätze im Sozialkaufhaus oder der Fahrradwerkstatt, als Hilfskraft beim Wohnungsräumdienst oder Spielplatzaufsicht sowie als Stadtteilhelfer. Ziel sei die Heranführung an einen geregelten Tagesablauf. Auf den Vorschlag von Herrn Schulze Westhoff (CDU), Leistungsberechtigte auch als Schülerlotsen einzusetzen, gibt Herr John zu bedenken, dass es hier an den kurzen und nur punktuellen Einsatzzeiten scheitere. Aufgrund der Einschränkung von Sprachkursen durch das BAMF versuche man, die Tätigkeiten mit dem Spracherwerb zu verbinden. Die eigene Durchführung von Sprachkursen sei zwar weiterhin möglich, allerdings nur in sehr kleinem Umfang. Allgemein wolle man zukünftig bei AGH-Maßnahmen mehr tun als in der Vergangenheit und neue Wege gehen. Dafür arbeite man mit verschiedenen Trägern zusammen.

Frau Nethe fährt mit dem aktuellen Stand der Vermittlungsoffensive und der Erläuterung der Umstrukturierung des fa:z-Modells fort. Ab 01.01.2027 sollen die bisherigen Kategorien erweitert und so die Förderung stärker individualisiert werden. Herr Meyer (AfD) möchte wissen, wie hoch der Ausländeranteil bei den arbeitsmarktferneren Kategorien sei. Die aktuelle Aufschlüsselung wird der Niederschrift als **Anlage 2** hinzugefügt.

Abschließend informiert Frau Nethe die Ausschussmitglieder über die aktuelle Verausgabung des Eingliederungstitels.

4.	Vorstellung des Sozialleistungsberichtes 2026	129/2026

Die Sozialdezernentin, Frau Dr. Anna Arizzi Rusche, erläutert Inhalt und Zweck des Sozialleistungsberichts. Dieser beschreibe traditionell sämtliche Sozialleistungen, die der Kreis Warendorf erbringe und umfasse die Leistungen ihrer vier Ämter, nämlich des Jobcenters, des Sozialamts, des Amtes für Jugend und Bildung sowie des Gesundheitsamts. Der Sozialleistungsbericht sei bisher alle zwei Jahre erschienen, im Sinne des von allen gewünschten Bürokratieabbaus habe man jedoch intern beschlossen, den Bericht künftig nur noch alle drei Jahre zu erstellen. Ein Informationsdefizit sei damit aber nicht verbunden. Zum einen bleibe der bisherige Bericht weiterhin online einsehbar, sodass Informationen zu einzelnen Leistungen jederzeit nachgelesen werden könnten. Zum anderen würden in den jeweiligen Fachausschüssen aktuelle Daten seitens der Amtsleitungen präsentiert und die wichtigsten Kennzahlen im Haushalt jährlich aktualisiert.

Für die Beantwortung der von Frau Mindermann (B90/Die Grünen) und Herrn Beck (AfD) gestellten Fragen verweist Frau Dr. Arizzi Rusche auf die zuständigen Fachausschüsse. Ergänzend erläutert der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, dennoch den Umgang mit UVG-Leistungen im SGB II und die geplante Abschaffung des gleichzeitigen Bezugs. Alleinerziehende Mütter oder Väter, die eigenes Einkommen erzielten und bei deren Kindern der andere Elternteil keinen Unterhalt zahle, müssten derzeit UVG beantragen. Dies führe dazu, dass ein zusätzlicher Beantragungsvorgang durchlaufen werden müsse, an dessen Ende die UVG-Leistungen ohne Freibeträge als Einkommen von den SGB II-Leistungen abgezogen werden würden. Ein finanzieller Vorteil entstehe also trotz der Mühe nicht. Herr John befürworte daher die geplante Abschaffung.

5.	**Der Werkcampus als zertifizierter Bildungsträger des Jobcenters Kreis Warendorf**	**146/2026**

Die Teamleitungen der Werkcampus-Regionalteams Nord und Süd, Herr Dr. Matthias Peilert und Herr Klaus Feldmann, stellen anhand der als **Anlage 3** beigefügten PowerPoint-Präsentation ihren Aufgabenbereich vor. Der Werkcampus ist eine sogenannte Maßnahme in Selbstvornahme, d.h. dass das Jobcenter selbst Maßnahmen für Arbeits- und Ausbildungssuchende durchführen darf. Dazu ist der Kreis Warendorf seit 2015 zertifiziert. Die Kosten des Werkcampus sind im Haushalt auf Produktebene vom Rest des Jobcenters getrennt und werden zu 100 % aus dem Eingliederungstitel bezahlt. Herr Dr. Peilert und Herr Feldmann stellen u.a. die verschiedenen Projekte vor, deren Bedarf ähnlich wie bei einem externen Maßnahmeträger durch die Bereiche Integration und Perspektive festgestellt werden. Die Zuteilung der Teilnehmenden erfolgt ebenfalls durch die originären Fachkräfte im Sachgebiet Aktivierende Leistungen.

Herr Bas (B90/Die Grünen) fragt, ob sich die zuvor in der Sitzung erwähnten, fehlenden Sprachkurse auf die Arbeit im Werkcampus auswirken würden. Herr Feldmann gibt an, dass eine Grundkommunikation in Gruppencoachings wichtig sei, in Einzelcoachings könne man auf Dolmetscherinnen und Dolmetscher zurückgreifen. Bei Projekten, welche sich z.B. mit der Vermittlung in Pflegeberufe beschäftigen, setze man nicht auf Anwerbungen aus dem Ausland, sondern auf die Vermittlung von örtlichen Bewerberinnen und Bewerbern; so Herr Feldmann auf Nachfrage von Herrn Bas.

Herr Meyer (AfD) bittet um Klarstellung, warum bei Integrationsquoten von um die 30 % von „guten Zahlen“ gesprochen werde. Herr Feldmann erläutert, dass man die Quoten im Vergleich zu externen Trägern verstehen müsse. Die Integration aller Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer sei schlicht unrealistisch, die Quoten im direkten Vergleich unterdessen höher als bei ähnlichen, externen Maßnahmen. Dabei müsse man auch zwischen Projekten differenzieren, welche sich konkret mit Integration befassen und solchen, bei denen es um „weichere Faktoren“ ginge. Herr Thiel (B90/Die Grünen) stimmt Herrn Feldmann zu. Er halte insbesondere die Quote der „Bewerbungswerkstatt“ in Anbetracht der hohen Durchlaufzahl für gut.

Herr Budde (CDU) fragt, ob es auch Personen gebe, die nur an einzelnen Maßnahmen, z.B. an der „Bewerbungswerkstatt“ teilnehmen würden. Herr Feldmann erklärt, dass die Zuweisung zu Maßnahmen (wie auch bei externen Trägern) durch die Integrationsfachkraft erfolge. In Fällen, in denen diese einen Bedarf ausmache, erfolge eine Zuteilung. Seitens des Werkcampus könne zwar eine Empfehlung ausgesprochen werden, verbindlich sei diese aber nicht. Die Leiterin des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, Frau Annabelle Nethe, ergänzt, dass die Integrationsfachkräfte hier auch einen Blick auf die Wirtschaftlichkeit haben müssten und dementsprechend ausschließlich bedarfsdeckend handelten. Herr Budde möchte außerdem wissen, ob die Teilnehmenden in der Regel einen deutschen Schulabschluss hätten. Herr Feldmann bejaht dies. Man habe die gesamte Bandbreite an Schulabschlüssen innerhalb der Teilnehmenden.

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, stellt als Vorteil des Werkcampus heraus, dass man flexibler auf Bedarfe reagieren könne. Externe Ausschreibungen seien langwierig und kompliziert, im Werkcampus hingegen könne man auch neue Modelle einfach und kurzfristig erproben. Dabei komme es vor, dass man vom Erfolg neuer Modelle – hier nennt er beispielhaft das Projekt „Wege in die Pflege“ – überrascht werde. Herr Budde (CDU) möchte wisse, warum vor diesem Hintergrund der Ansatz des Werkcampus im Haushalt 2027 verkleinert worden sei. Herr John gibt zu bedenken, dass die Prüfgruppe des BMAS Maßnahmen in Selbstvornahme stets sehr genau prüfe, um unwirtschaftliches Handeln und Wettbewerbsverzerrung zu verhindern. Man wolle weiterhin fair gegenüber externen Maßnahmeträgern sein. Der Wettbewerb sei ohnehin durch „Preisdumping“ im Bereich der Personalkosten erschwert, was auch Frau Krabbe (SPD) bestätigt. Herr Dr. Peilert und Herr Feldmann zeigen außerdem auf, dass 2026 ein vergleichsweise starkes Jahr war und 2027 auch aufgrund einer geringeren Prognose für die Zahl der Geflüchteten da nicht mithalten könne. Die Kostenreduzierungen fußten des Weiteren auf Einsparungen aufgrund einer gesteigerten Wirtschaftlichkeit.

Frau Mindermann (B90/Die Grünen) dankt für den Vortrag und fragt, ob die Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung ebenfalls unter die Zielsetzung der Arbeitsaufnahme falle. Herr Feldmann sagt, dass dies nur der Fall sei, wenn es keine andere Möglichkeit gebe und ein entsprechender Auftrag von der Integrationsfachkraft erteilt worden sei. Andernfalls versuche man stets, die Teilnehmenden in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu vermitteln.

Herr Strübbe (CDU) zeigt sich begeistert von den positiven Zahlen und bittet um einen Vergleich zu den Quoten externer Träger. Frau Nethe kündigt Zahlen für eine der nächsten Sitzungen des AWiG an, bestmöglich in Kombination mit der Vorstellung des Projekt- und Planungsteams innerhalb des Sachgebiets Aktivierende Leistungen, zu dessen Aufgabenbereich auch die Maßnahmeevaluation gehört. Auch Herr Bas (B90/Die Grünen) freut sich auf eine Wiederaufnahme des Themas. Er dankt Herrn Dr. Peilert und Herrn Feldmann für den Vortrag.

6.	**Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion zum Thema Sozialplattform für Sozialleistungen**	**147/2026**

Herr Fiedlers (FWG) führt die Anwesenden kurz in die Anfrage seiner Fraktion ein. Er sehe in Deutschland einen verzögerten Einstieg in die Digitalisierung und erläutert kurz, was die Sozialplattform ist. Er gehe davon aus, dass der Kreis Warendorf das Thema bereits auf dem Schirm habe, wolle aber einmal den Stand erfragen.

Der Leiter des Jobcenters, Herr Kai John, erinnert daran, dass die technische Seite bereits im DigiA besprochen worden sei. Er wolle heute einen Ausblick auf die geplante Umsetzung geben. Die Sozialstaatskommission habe entschieden, dass auf Bundesebene von der Entwicklung einer allgemeinen Plattform abgesehen werde und man sich dem Lösungsansatz des Landes NRW anschließen wolle. Entsprechende Unterlagen inklusive einer Roadmap werden als **Anlage 4** dem Protokoll hinzugefügt. Des Weiteren sei eine „Deutschland-App“ in Entwicklung. Aktuell handele es sich bei der Sozialplattform allerdings nur um eine Sammlung von Verlinkungen zu den Webauftritten der Jobcenter und ggf. zu deren digitaler Antragsstellung. Auch das Jobcenter Kreis Warendorf bereite aktuell den Anschluss vor, welcher noch in 2026 erfolgen solle. Größter Hinderungsgrund sei bislang die automatische Integration der digitalen Unterlagen in die E-Akte. Man wolle hier keine Medienbrüche und keine umständlichen Bearbeitungsschritte. Generell sei geplant, deutschlandweit die IT-Landschaft der Jobcenter in Bezug auf die genutzten Fachanwendungen zu vereinheitlichen. Den Plan der Umsetzung bis 2028 halte Herr John aber für sehr ambitioniert.

Die Frage von Herrn Thiel (B90/Die Grünen), ob die Verarbeitung von Daten ausschließlich auf deutschen bzw. europäischen Servern laufen solle, bejaht Herr John.

Herr Fiedlers (FWG) möchte wissen, ob für die Nutzung digitaler Authentifizierungen geworben werde. Viele (potenzielle) Leistungsbezieherinnen und -bezieher verfügten, seiner Einschätzung nach, nicht über eine Bund-ID oder ähnliches. Herr John bejaht auch dies. Generell wolle man die digitale Antragsstellung fördern und versuchen, Medienbrüche möglichst zu vermeiden. In der Corona-Zeit habe dies gut funktioniert, seitdem wählten die Antragsstellerinnen und -steller allerdings lieber den unkomplizierteren Weg über physische Unterlagen. Herr John merkt allerdings auch an, dass es aus seiner Sicht noch keine gute Lösung für eine digitale Authentifizierung gebe. Geplant sei die Verwendung des EUDI-Wallets.

7.	**Anfragen der Ausschussmitglieder**	

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

Herr Bas (B90/Die Grünen) verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 11:08 Uhr.

Ali Bas
Vorsitzender

Dr. Anna Arizzi Rusche
Schriftführerin